

# MARKTÖFFNUNG MIT DER BRECHSTANGE

Wie die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation die Bäuerinnen und Bauern in armen Ländern bedrohen

“

*Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern zu erhalten und den uneingeschränkten Zugang zu globalen Märkten voranzutreiben.*  
US-Agrarministerium.

”



Sala Azeko, Reisbäuerin in Ghana



Atate Ayamga, Reisbauer in Ghana

“

*Das Leben wird unerträglich... weil wir keinen Markt für unser Produkt haben. Wir können es uns nicht leisten, die Schulgebühren für unsere Kinder zu bezahlen.*

Sala Azeko, Reisbäuerin aus dem Dorf Nyariga, Ghana

”



Oxfam



MAKE  
TRADE  
FAIR

## **Marktöffnung mit der Brechstange Wie die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation die Bäuerinnen und Bauern in armen Ländern bedrohen**

Aktualisierte Zusammenfassung des englischsprachigen Hintergrundpapiers von Oxfam International „Kicking down the door. How upcoming WTO talks threaten farmers in poor countries“, Oxfam Briefing Paper Nr. 72.

© Oxfam International, April 2005

This paper was written by Kate Raworth and Duncan Green. Oxfam acknowledges the assistance of Jeff Atkinson, Luisa Bernal, Concepcion Calpe, Teresa Cavero, Celine Charveriat, Sumi Dhanarajan, Gonzalo Fanjul, Penny Fowler, Carlos Galian, Jamie Morrison, Francesca Nicchia, Bernadette Orr, Francis Perez, Sophie Powell and Ramesh Sharma in its production. It is part of a series of papers written to inform public debate on development and humanitarian policy issues. The text may be freely used for the purposes of campaigning, education, and research, provided that the source is acknowledged in full.

For further information please email [advocacy@oxfaminternational.org](mailto:advocacy@oxfaminternational.org)

Deutsche Fassung: Marita Wiggerthale, Jana Rieckmann

Fotos:

Kate Raworth/Helen Palmer (Ghana),

Toby Adamson (Haiti),

Edgar Romero (Nicaragua)

© Oxfam Deutschland e.V., November 2005

Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin

[www.oxfam.de](http://www.oxfam.de), [info@oxfam.de](mailto:info@oxfam.de)

Grafische Gestaltung in Anlehnung an die englischsprachige Zusammenfassung

Druck: H & P Druck, Körtestr.10, 10967 Berlin

2005 ist ein entscheidendes Jahr im weltweiten Kampf gegen Armut. Mehr als 80% der Armen der Welt leben im ländlichen Raum. Der Ausgang der Agrarverhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) entscheidet über die Lebensgrundlagen von Millionen Bäuerinnen und Bauern in armen Ländern. Die Ministerkonferenz der WTO in Hongkong Ende Dezember 2005 wird hierfür die Weichen stellen.

Auf der Agenda der reichen Länder steht das aggressive Vorantreiben eines uneingeschränkten, weltweiten Marktzugangs für ihre Agrarprodukte. Nutznießer wird das multinational agierende Agrobusiness sein, während die Lebensgrundlagen von Kleinbauern in armen Ländern bedroht werden. Reis ist eines der Hauptprodukte, das diese Bedrohung veranschaulicht.



**REIS  
IST EINE  
LEBENSGRUNDLAGE**

2005 ist ein entscheidendes Jahr im weltweiten Kampf gegen Hunger und Armut

# REIS BEDEUTET LEBEN

Für drei Milliarden Menschen – die Hälfte der Weltbevölkerung – ist Reis ein wichtiges Grundnahrungsmittel. In vielen Ländern wird das Wort „Reis“ auch für „Essen“ und „Mahlzeit“ verwendet. Gleichzeitig stellt Reis für zwei Milliarden Menschen auf der Welt die Erwerbsgrundlage dar. Viele von ihnen sind Kleinbauern in armen Ländern, die Reis anbauen oder verarbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Über die Zukunft und die Lebenssituation dieser Menschen wird auch am Verhandlungstisch der WTO entschieden.

2005 ist ein entscheidendes Jahr im weltweiten Kampf gegen Hunger und Armut. Hunger und Armut haben ein ländliches Gesicht. Von den 815 Millionen Hungernen in armen Ländern bilden Kleinbauern mit 50% die größte Gruppe. Weitere 20% verteilen sich auf Landlose und 8% auf Menschen, die direkt von natürlichen Ressourcen (Wälder, Fischerei, Weidewirtschaft) abhängig sind.



Wenn die Staats- und Regierungschefs es ernst mit dem Kampf gegen die Armut meinen, müssen sie dafür Sorge tragen, dass die Landwirtschaft diesen Menschen eine Lebensgrundlage bietet. Das heißt, sie müssen das Versprechen der Doha-Entwicklungsrunde auf der nächsten Ministerkonferenz der WTO in Hongkong im Dezember 2005 in die Tat umsetzen.

#### **Doha-Entwicklungsrunde**

*Gegenwärtige Runde der WTO-Verhandlungen, bei denen die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer im Mittelpunkt stehen sollen. Doch bisher ist diese Ankündigung ein leeres Versprechen geblieben.*

Trotz des Versprechens, Entwicklung ins Zentrum der globalen Handelsgespräche zu rücken, beharren die reichen Länder im Agrarbereich auf Regeln, die sich gegen arme Menschen richten. Insbesondere die USA und die EU präsentieren ihre landwirtschaftlichen Subventionen in einem neuen, scheinbar WTO-konformen Gewand. Produkte wie Reis, Mais, Milch, Zucker und Baumwolle werden zu Preisen weit unter den wahren Herstellungskosten verkauft. Gleichzeitig drängen die reichen Länder – die Interessen ihres Agrobusiness im Blick – Entwicklungsländer, ihre Märkte durch den Abbau von Einfuhrzöllen noch weiter zu öffnen.

„Die Vereinigten Staaten müssen ihre Agrarpolitik im internationalen Zusammenhang betrachten. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern zu erhalten und den uneingeschränkten Zugang zu globalen Märkten voranzutreiben.“

*US-Agrarministerium*

Arme und hungernde Menschen in armen Ländern haben das Nachsehen: Ihre Lebensgrundlagen werden bedroht. Dem Agrobusiness winken hingegen höhere Einnahmen.

#### **Reis ist Leben – und Lebensgrundlage**

In vielen Ländern ist die Unterstützung der Landwirtschaft, und insbesondere armer Bauern, der Schlüssel im Kampf gegen Armut und zur Förderung von Entwicklung. So bilden die Einnahmen aus dem Anbau und der Verarbeitung von Reis für zwei Milliarden Menschen – ein Drittel der Weltbevölkerung – die Erwerbsgrundlage. 90% der weltweiten Reiserzeugung stammt von kleinbäuerlichen Produzenten, typischerweise auf Flächen von weniger als einem Hektar angebaut. Reis wird in 100 Ländern erzeugt, 90% der Anbaumenge kommt aus Asien. Der Reis wird aber nur zu einem kleinen Teil, nämlich 6,5%, international gehandelt. Die Tatsache, dass der produzierte Reis überwiegend auf den nationalen Märkten abgesetzt wird, unterstreicht die

Bedeutung dieser Märkte und deren Schutz für die kleinbäuerlichen Reisproduzenten.

Regierungen von Ländern wie Vietnam und Indonesien haben ihre Landwirtschafts- und Handelspolitik erfolgreich im Sinne der Armuts- und Hungerbekämpfung gestaltet, indem sie z.B. mittels Importzöllen die einheimischen Märkte vor Billigimporten geschützt haben. Damit konnten die Erwerbsgrundlagen armer Bauern gesichert und die Agrarwirtschaft angekurbelt werden.

Dennoch sind den Regierungen armer Länder oft die Hände gebunden und sie besitzen nicht die Flexibilität, um ihre Handels- und Agrarpolitik zur Förderung von Entwicklung und Armutsbekämpfung zu nutzen. Denn durch regionale und bilaterale Handelsabkommen, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank werden sie von den reichen Ländern unter enormen Druck gesetzt, ihre Wirtschaft zu liberalisieren. Das bedeutet, die Unterstützung für die armen Bauern zu kürzen und Importzölle für ihre Hauptagrarprodukte wie Reis zu senken.

Eine Senkung der Importzölle für Grundnahrungsmittel wie z.B. Reis führt zur Überschwemmung von lokalen Märkten mit Billigimporten aus dem Ausland.

Egal, ob diese von konkurrenzfähigen Reisexporteuren wie Vietnam oder Thailand stammen oder von den stark subventionierten Produzenten aus Ländern wie den USA: Sie drohen die Existenz von Millionen von Bauernfamilien und die Chance einer Entwicklung des ländlichen Raums zu zerstören, indem sie Reisbauern von dem für sie wichtigen einheimischen Markt verdrängen. Preisgünstige Nahrungsmittel sind natürlich für arme Verbraucher sehr wichtig, aber von einer Markttöffnung und der Einfuhr von Billigimporten profitieren sie meistens nicht.



Zum einen führen steigende Importe nicht automatisch zu niedrigeren Einzelhandelspreisen, wie das Beispiel Honduras zeigt. Dort kontrollieren gegenwärtig fünf Importunternehmen 60% des Handels. Als die Reiszölle gesenkt wurden, fiel der Importpreis zwischen 1994 und 2000 um 40%. Der reale Verbraucherpreis ist in der gleichen Zeit aber um 12 % gestiegen. Der Nutzen aus dem Import von billigerem Reis ging auf das Konto der Importeure und der Reismühlen, während sowohl Bauern als auch Konsumenten letzten Endes schlechter dran waren als vorher.

Zum anderen ist die Unterscheidung zwischen Verbrauchern und Produzenten in Entwicklungsländern zu weiten Teilen künstlich. Dort, wo ländliche Verbraucher ihr Geld als Bauern und Farmarbeiter verdienen, oder als Arbeitnehmer in Betrieben, die von einer florierenden Landwirtschaft abhängen, verschlimmert sich ihre Situation oft dadurch, dass Billigimporte zum Preisverfall von lokalen Agrarprodukten führen.

Die Preisentwicklung hängt außerdem wesentlich davon ab, ob die Regierungen genügend Mittel für eine nachhaltige ländliche Entwicklung bereitstellen. Leider gibt es seit langem auf nationaler und internationaler Ebene einen negativen Trend bei der Unterstützung

der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Zwischen 1984 und 2002 sank die Entwicklungshilfe für den Agrarsektor um mehr als zwei Drittel.

Reis wird, wie viele andere Grundnahrungsmittel auch, hauptsächlich von Frauen angebaut und weiterverarbeitet. Frauen bilden das Rückrat des traditionellen Anbaus von Grundnahrungsmitteln. Zwei Drittel der Frauen in Entwicklungsländern arbeiten in der Landwirtschaft und spielen eine wichtige Rolle bei der Armutsreduzierung. Ihre Einnahmen aus dem Reisverkauf werden für die Deckung elementarer Bedürfnisse verwendet. Werden traditionelle Anbauprodukte in Folge der Öffnung der Märkte für Billigimporte auf dem einheimischen Markt zurückgedrängt, wie z.B. in Ghana und Peru in den 1980er und 1990er Jahren, so sind Frauen und deren Familien besonders davon betroffen.

Ob, wann und wie der Agrarhandel liberalisiert werden soll, stellt in jedem Entwicklungsland eine komplexe Herausforderung dar. Zur Beurteilung der Höhe des Zollschatzes müssen die Regierungen die möglichen Auswirkungen auf die einheimischen Agrarmärkte, auf die Ernährungssicherheit, auf die Verbraucher, auf das Steueraufkommen, auf die Umwelt und auf den Süd-Süd-Handel berücksichtigen.

Die Abwägung zwischen dem potentiellen Nutzen von billigen Lebensmitteln für Verbraucher gegenüber dem Einkommensverlust für arme Kleinbauern wird fallweise erfolgen müssen, da sie entsprechend dem Verhältnis von städtischer und ländlicher Armut variiert.

Die Regierungen der Entwicklungsländer können am besten einschätzen, wie mit diesen komplexen Herausforderungen umzugehen ist. Besser als die WTO, die Weltbank oder der IWF. Deshalb müssen sie auch über die nötige Flexibilität verfügen, eine Politik zu entwickeln, die ihren nationalen Entwicklungsbedürfnissen und ihrer sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Situation gerecht wird. Gleichzeitig ist eine größere Rechenschaftspflicht der Regierungen gegenüber der Öffentlichkeit und eine gute Regierungsführung erforderlich, um sicherzustellen, dass die armen Bevölkerungsschichten wirklich von dieser Politik profitieren.

Darüber hinaus müssen wieder mehr Investitionen in die Landwirtschaft fließen.

Aber eine nachhaltige ländliche Entwicklung, die auch der Armutsreduzierung dient, muß ausgewogen sein. Eine intensive Reisproduktion schädigt die Umwelt, wie auch die „Grüne Revolution“ in Asien gezeigt



## WIE REICHE LÄNDER BAUERN IM SÜDEN IN ARMUT HALTEN

### Erstens: Dumping betreiben

#### Die reichen Länder subventionieren Reis und exportieren ihn zu Dumpingpreisen

Im Jahr 2003 gab die US-Regierung 1,3 Mrd. US\$ für die Subventionierung ihrer Reisbauern aus – eine Feldfrucht, deren Anbau insgesamt 1,8 Mrd. US\$ kostet. Aufgrund der massiven Subventionen kann die US-Reisindustrie ihren Reis zu Preisen, die 34% unter den Produktionskosten liegen, exportieren. Arme Bauern können da nicht mithalten.



### Drittens: Entwicklungshilfe drastisch kürzen

#### Die reichen Länder kürzen ihre Entwicklungshilfe für den Agrarsektor

Zwischen 1984 und 2002 sank die Entwicklungshilfe für den Agrarsektor um mehr als zwei Drittel. Sie macht jetzt gerade einmal 8% der gesamten Entwicklungshilfe aus, die an arme Länder gegeben wird – 50% weniger als ihr Anteil in den frühen 1980er Jahren.



Reisbauer in Nicaragua

### Zweitens: Märkte mit der Brechstange öffnen

#### Die reichen Länder nötigen arme Länder zur Marktöffnung und Zollsenkung

#### Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank

Unter dem Druck des IWFs senkte Haiti seine Reisimportzölle von 35% auf lediglich 3%. Dies führte zu einem sprunghaften Anstieg von billigen, subventionierten Reisimporten zu Dumpingpreisen aus den USA. Innerhalb von fünf Jahren sind die Einkünfte von Haitis Reisbauern um 25% gesunken.

#### Bilaterale und regionale Handelsabkommen

Den 17.000 Reisbauern Nicaraguas droht der Ruin. Der Grund: CAFTA (Central American Free Trade Agreement), ein regionales Handelsabkommen, das zentralamerikanische Regierungen mit den USA abgeschlossen haben. CAFTA wird Nicaraguas Märkte für eine Flut von billigem, subventioniertem Reis aus den USA öffnen.



### Viertens: Zollschutz verhindern

Die reichen Länder wollen die WTO jetzt dazu benutzen, die Einfuhrzölle der Entwicklungsländer auf niedrigem Niveau festzuschreiben.

#### Welthandelsorganisation (WTO)

Wenn die reichen Länder in der WTO ihren Willen durchsetzen, könnte dies über 180 Millionen Reisbauern in 25 Entwicklungsländern, darunter Indien, China und Nicaragua schaden.

## Die Bedeutung von Reis für arme Bauern

- Für zwei Milliarden Menschen stellen der Anbau und die Weiterverarbeitung von Reis die Erwerbsgrundlage dar.
- 90% der weltweiten Reisproduktion wird von Kleinbauern in Entwicklungsländern erzeugt, auf Flächen von meist weniger als einem Hektar.
- Für drei Milliarden Menschen ist Reis das wichtigste Grundnahrungsmittel. Bis 2025 wird diese Zahl voraussichtlich auf vier Milliarden anwachsen.



## Entwicklungsländer stehen seit langem unter Druck

# MARKTÖFFNUNGSDRUCK

hat: Verlust von Artenvielfalt, Wasserverschmutzung, Versalzung der Böden etc. Werden Bauern abhängig vom Kauf des Saatguts und werden teure Pestizide und Düngemittel in großem Umfang angewendet, können die sozialen Auswirkungen verheerend sein. Wenn die Kosten für Betriebsmittel steigen und die Agrarpreise fallen – als Folge der Konkurrenz durch Billigimporte oder aufgrund der Marktmacht der Unternehmen – geraten die Bauern in die Schuldenfalle. Gleiches gilt für die Förderung von patentierten und pestizidabhängigen Hohertragsorten im Falle niedriger Preise. Diese negativen sozialen und ökologischen Folgen stehen einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung und der Reduzierung von Armut entgegen. Oxfam befürchtet, dass die Liberalisierung, die sowohl

### Handelsliberalisierung

*Gestaltung der Handelspolitiken und -praktiken derart, dass der „Markt“ immer mehr „frei“ d.h. ohne staatliche Beschränkungen funktioniert. Dies kann die Reduzierung oder Abschaffung von Zöllen, Zollquoten, Subventionen und anderen Regulierungen beinhalten.*

im Rahmen der WTO als auch im Rahmen von IWF, Weltbank sowie bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen zügig vorangetrieben wird, die Macht der Entwicklungsländer einschränkt, ihre eigene Handels- und Landwirtschaftspolitik zu bestimmen – mit



Ghana



Markt in Ghana



Nicaragua



Nicaragua

potenziell verheerenden Konsequenzen für arme Bevölkerungsschichten.

### Forcierte Marktöffnung - Druck von allen Seiten

Entwicklungsländer stehen seit langem unter dem Druck internationaler Finanzinstitutionen und großer Agrarexporteure wie den USA, ihre Märkte für Reis und andere Grundnahrungsmittel zu öffnen. Seit den frühen 1980er Jahren zwingen der IWF und die Weltbank Entwicklungsländer, als Bedingung für die Vergabe von Krediten, ihre Agrarmärkte zu deregulieren und zu liberalisieren. In der Zeit von 1990 bis 2000 haben die Entwicklungsländer ihre angewandten Ein-

fuhrzölle von durchschnittlich 30% auf 18% reduziert.

So setzte der IWF 1995 Haiti unter Druck, seine Importzölle für Reis von 35% auf 3% zu senken; dies hatte zur Folge, dass die Importe von 1994 bis 2003 um mehr als 150% anstiegen. Heute kommen drei von vier Reismahlzeiten, die in Haiti gegessen werden, aus den USA. Das sind gute Nachrichten für „Riceland Foods“ in Arkansas, die größte Reismühle der Welt. Rice-lands Gewinne stiegen von 2002 bis 2003 schlagartig um 123 Mio. US\$, was größtenteils dem 50-prozentigen Exportanstieg, hauptsächlich nach Haiti und Kuba, zu verdanken war.

Die Reisbauern in Haiti hat dies ruiniert. Die Reisanbaugebiete weisen jetzt mit den höchsten Grad an Unterernährung und Armut im Land auf.

Auch in Ghana führte der Deregulierungsdruck von Weltbank und IWF zu einem sprunghaften Anstieg der Reimporte. Das Parlament beschloss daraufhin im Jahr 2003 eine Erhöhung der Importzölle von 20% auf 25%. Aber der IWF, geleitet von seinem „Interesse, für Ghana eine Freihandelspolitik zu verfolgen“, drängte die Regierung zu einer Abkehr von diesem Beschluss.

Mittlerweile verpflichten Freihandelsabkommen mit den Hauptagarexporturen wie Australien, Kanada und den USA die armen Länder, ihre Märkte für Billigimporte zu öffnen. Der DR-CAFTA-Vertrag (Dominican Republic and Central American Free Trade Agreement), der 2004 zwischen fünf zentral-amerikanischen Staaten, der Dominikanischen Republik und den USA geschlossen wurde, wird den Absatz gedumpter US-Exporte auf den regionalen Märkten sicherstellen. Wenn die Importzölle fallen, werden 17.000 Reisbauern in Nicaragua mit einer Flut von stark subventioniertem US-Reis auf ihren Märkten konfrontiert werden.

#### **Dumping, betrieben von reichen Ländern**

Die Subventionierung von Reis in den reichen Län-

dern ist insbesondere dann entwicklungspolitisch problematisch, wenn er in armen Ländern gehandelt und konsumiert wird, wie der in den USA angebaute Langkornreis („indica rice“). Allein im Jahr 2003 pumpte die Regierung in den USA 1,3 Mrd. US\$ Subventionen in den Reissektor und unterstützte damit ihre Bauern. Die Produktionskosten betragen insgesamt 1,8 Mrd. US\$. Effektiv übernahm die Regierung damit 72 % der Produktionsko-



Abene Asakture in Ghana

sten. Damit treiben die USA die Heuchelei im Reishandel auf die Spitze. Sie sind weltweit der drittgrößte Reisexporteur, obwohl US-Reis im Anbau mehr als doppelt so teuer ist wie in den exportführenden Ländern Thailand und Vietnam. Von 2000 bis 2003 lagen in den USA die Durchschnittskosten für den Anbau und das Mahlen von einer Tonne weißem Reis bei 415 US\$. Allerdings wurde dieser Reis zum Dumpingpreis von 274 US\$ pro Tonne exportiert, d.h. zu einem Preis, der 34 % unter den realen Produktionskosten liegt. Der eigentliche Gewinner dieser Kombination aus sprudeln-

den Subventionen in den USA und schneller Handelsliberalisierung in Entwicklungsländern ist die US-Agrarindustrie. Da verwundert es nicht, dass die Reismühlenbesitzer und Reisexporteure des Landes so viel in Lobbyarbeit investieren, um neue Exportmärkte für ihre subventionierte Überproduktion zu erschließen.

*„Wenn die USA ihre Reisbauern subventionieren, bedeutet das für mich, dass ich mich umsonst abrackere, weil mein Reis nicht gekauft wird. Ich habe aber keine andere Wahl, als diese Landwirtschaft zu betreiben. Sie ist mein Essen, mein Trinken und meine Erwerbsgrundlage.“*

**Abene Asakture, Reisbäuerin**

#### **Demnächst in der WTO: Reiche Länder treten die Türen ein**

Die derzeitigen WTO-Verhandlungen werden die Zolobergrenzen für Entwicklungsländer festlegen, sprich den höchsten Zoll, den ein Land auf Importe erheben darf. Sowohl die EU als auch die USA haben hierzu im Oktober neue Vorschläge unterbreitet. Oxfam hat ausgerechnet, was die armen Länder von den vorgeschlagenen Zollsenkungen zu erwarten haben. Nach dem Vorschlag der EU und der G20 wären 17 Entwicklungsländer, darunter Indien, China und Nicaragua gezwungen, ihre derzeitigen Einfuhrzölle für Reis zu senken. Diese 17 Länder vereinigen auf sich über die Hälfte der weltweiten Reisproduktion und mehr als 1,5 Milliarden ihrer

Einwohner sind von der Landwirtschaft als Einkommensquelle abhängig.

Es wäre diesen Ländern nicht möglich, die Zölle für Reis zu erhöhen, um ihre Bauern und ihre Agrarwirtschaft angesichts steigender Importe zu schützen. Vielen anderen Ländern bliebe ebenso wenig Spielraum für eine Zollerhöhung, sei es bei Reis oder anderen Grundnahrungsmitteln, wie Zucker, Mais, Weizen und Geflügel. Im Folgenden ein paar Beispiele dafür, wie viele Länder bei einigen ausgewählten Agrarprodukten Zollreduzierungen vornehmen müssten:

Geflügel: 23 Länder, darunter die Dominikanische Republik, Costa Rica und Ghana.

Zucker: 20 Länder, darunter Kenia, die Philippinen und die Republik Kongo.

Sorghum: 17 Länder, darunter Namibia, Indien und die Philippinen.

Mais: 16 Länder, darunter Swasiland, Indien und Chile. Ölsaaten: 16 Länder, darunter Botswana, Thailand und Fidschi.

Pflanzliche Öle: 13 Länder, darunter die Republik Kongo, Ägypten und die Mongolei.

Weizen: 11 Länder, darunter Botswana, Indien und China.

Legt man die Vorschläge der USA zugrunde, müssten sogar noch mehr Entwicklungsländer ihre Schutzzölle senken: bei Reis wären es 25 Länder, bei Geflügel 28, bei Zucker 24, bei Mais, Sorghum und pflanzlichen Ölen je 20, bei Ölsaaten 18 und bei Weizen 12 Länder.

Oxfam arbeitet seit vielen Jahren mit Gemeinschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika, die so unterschiedliche Produkte wie Mais, Zucker, Milch und Geflügel produzieren. Die Auswirkungen des Freihandels sind für diese Gemeinschaften potentiell verheerend und angesichts der fortwährenden Heuchelei der reichen Länder skandalös.

Wenn die Entwicklungsländer Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten bei der Festsetzung von Zöllen verlieren, riskieren sie einen starken Anstieg von Nahrungsmittelimporten. Zur Abwendung der negativen Auswirkungen für die ländliche Entwicklung, die als Folge der Überschwemmung ihrer Märkte mit Billigimporten auftreten, haben die

Entwicklungsländer in die WTO-Verhandlungen zwei Vorschläge für eine Sonder- und Vorzugsbehandlung eingebracht:

- Die Einführung einer neuen Kategorie „spezielle Produkte“, die es Entwicklungsländern erlaubt, bestimmte Agrarprodukte – die wesentlich für die Erwerbsgrundlage, die Ernährungssicherheit und eine nachhaltige ländliche Entwicklung sind – zu benennen und von Zollsenkungen auszunehmen.

- Einen „speziellen Schutzmechanismus“, der es armen Ländern ermöglicht, im Falle schwankender Importpreise und -mengen, die Importzölle zeitweise zu erhöhen.

In den bisherigen Verhandlungen haben reiche Länder und einige Agrarexporteure aus Entwicklungsländern versucht, die Anzahl der Produkte und das Ausmaß der erlaubten Flexibilität im Rahmen dieser Vorschläge einzuschränken. Im Gegensatz dazu kämpft eine Gruppe von Entwicklungsländern (G33) für das Recht der jeweiligen Regierungen,

**Die USA geben 1,3 Mrd. US\$ zur Subventionierung ihres Reissektors aus.**

# UNGERECHT

## Entwicklungsländern muss erlaubt sein, die Handelsströme zu regulieren

# DUMPING



Nicaragua



Reisbauer in Nicaragua

selbst entscheiden zu können, für wie viele Produkte die Einstufung als „spezielle Produkte“ gelten soll und wann der „spezielle Schutzmechanismus“ in Kraft tritt. Oxfam unterstützt den Standpunkt der G33.

### Oxfams Forderungen

Entwicklungsländer müssen das Recht haben, die Handelsströme zu regulieren, um ihren Agrarsektor zu unterstützen und damit Ernährungssicherheit, nachhaltige ländliche Entwicklung und langfristiges Wachstum zu ermöglichen. Das erfordert Handeln auf folgenden Ebenen:

### Bei WTO-Verhandlungen

Ein neues Agrarabkommen sollte folgende Punkte beinhalten:

- Einen Satz in der Präambel, der klarstellt, dass „nichts in diesem Abkommen Entwicklungsländer daran hindern soll, die Förderung der Entwicklung, die Bekämpfung der Armut und die Sicherung der Ernährung und der Erwerbsgrundlagen voranzutreiben“.

- Eine Formel zur Zollsenkung, die es Entwicklungsländern erlaubt, Zölle so zu reduzieren, dass ihre Entwicklungsstrategien nicht untergraben werden.
- Prinzipiell keine Zollsenkungen für Grundnahrungsmittel, die eine bedeutende Rolle für die Ernährungssicherheit spielen, d.h. für Lebensmittel, die für das Überleben wichtig sind, sowie einen speziellen Schutzmechanismus für Entwicklungsländer. Die Sicherung einer angemessenen Flexibilität ist für die Entwicklungsländer äußerst wichtig, da es sehr wahrscheinlich ist, dass das Dumping noch einige Jahre weiter betrieben und damit fairer Wettbewerb auf den Agrarmärkten verhindert wird.

### Bei regionalen Handelsabkommen

Industrieländer sollen die Verhandlungen um regionale Handelsabkommen (RTAs – Regional Trade Agreements) mit Entwicklungsländern einstellen. In ihrer jetzigen Form bedrohen diese

Abkommen die Einflussmöglichkeiten armer Länder bei der Verfolgung einer Politik, die landwirtschaftliche Entwicklung fördert, denn sie zwingen die Entwicklungsländer, ihre Grenzen unterschiedslos für stark subventionierte Produkte zu öffnen.

### Kohärenz in der Politik der internationalen Finanzinstitutionen

Der IWF und die Weltbank sollten eine neue Politik verfolgen und weder handelspolitische Konditionalitäten anwenden, noch Entwicklungsländer davon abhalten, ihre Zölle – als Teil ihrer Strategien zur Förderung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung und der Ernährungssicherheit – zu erhöhen.

### Nationale Politiken

In Entwicklungsländern, in denen die Anzahl der Bauern, die über keine Ressourcen verfügen, sehr hoch ist, müssen Regierungen dafür sorgen, dass ihre Agrarpolitik die Ernährungssicherheit und Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum sowie die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern fördert. Der Einsatz von Schutzmaßnahmen sollte selektiv erfolgen und im Laufe der Zeit immer wieder an die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungserfordernisse angepasst werden.

# UNFAIRES SPIEL – GANZ OFFENSICHTLICH

Die Ernte wird eingefahren: „Riceland Foods“

Bauern in armen Ländern werden vom Markt verdrängt und in die Armut getrieben, weil Reis aus den USA zu Dumpingpreisen auf ihre Märkte gelangt. Im Jahr 2004 hat das in den USA ansässige Unternehmen „Riceland Foods“ mehr als eine Mio. Tonnen Reis exportiert. Das ist fast drei Mal soviel Reis, wie in den fünf zentralamerikanischen Staaten insgesamt produziert wird. Auf Riceland, das die größte Reismühle der Welt besitzt, entfällt ein Achtel der gesamten Reisexporte der USA.

Mit Hilfe großzügiger Subventionen der US-Regierung (im Wert von 490 Mio. US\$ zwischen 1995 und 2003) exportiert Riceland in mehr als 75 Länder und nutzt seine Marktmacht zur Sicherung neuer Exportmärkte und Absatzchancen. Riceland betreibt seit langem eine hartnäckige Lobbyarbeit gegenüber der US-Regierung, um seine geschäftlichen Interessen zu verfolgen. Das Unternehmen war an jüngsten Verhandlungen über das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen beteiligt und war auch Ende 2004 bei den ersten Diskussionen um Ausschreibungen für Reislieferungen an den Irak in vorderster Reihe aktiv.

Bei solchem Einfluss und unfairer Wettbewerb sieht die Zukunft für die bereits verarmten Bauern in Afrika, Asien und Zentralamerika düster aus.

## Auf dem einheimischen Markt

**„Wenn es nach mir ginge, würde kein Reis aus den USA ins Land kommen. Denn dann ginge es uns besser und es gäbe keine Armut unter Reisbauern“.**

*Al-Hassan Abukari, Reisbauer im Norden Ghanas*

Al-Hassan lebt im Dorf Zugu, im Norden Ghanas. Dort besitzt er knapp einen Hektar Land. Mit seiner jährlichen Reisernte (27 Säcke á 100 kg) verdient er 215 US\$ – 60% des Familieneinkommens. „Das ist unser wichtigstes Anbauprodukt“, erklärt er. „Wir verkaufen den Reis, um alle Haushaltsausgaben bezahlen zu können.“ Der Erlös von neun Säcken wird benötigt, um die Schule für seine beiden Söhne Yakubu (18) und Adamu (10) zu bezahlen. Als Adamu kürzlich krank war, kosteten der Transport, die Krankenhausgebühren und die Medizin den Gegenwert eines Sackes Reis.

Mitte der 1970er Jahre deckte die Reisindustrie Ghanas noch die gesamte Nachfrage nach Reis im Land. Und auch heute könnte sie noch den Großteil des Bedarfs abdecken. Aber die harten Auflagen von IWF und Weltbank für die Vergabe eines Kredits führten zu einem stetigen Anstieg von unnötigen Importen. Das Parlament Ghanas versuchte, die Schutzzölle zu erhöhen, wurde aber durch den IWF zur Umkehr gezwungen.

Heute ist es auf den Märkten in Ghana oft so, dass die großen Schüsseln mit nahrhaftem, braunem Reis aus lokaler Produktion von den Konsumenten ignoriert werden. Stattdessen kaufen sie in nahe gelegenen Geschäften ein, die bis unter die Decke mit Säcken von billigem weißem Reis aus den USA vollgestopft sind, der von der US-Regierung stark subventioniert wurde.

US-amerikanische Farmer erhalten von ihrer Regierung pro Hektar etwa 232 US\$ an Subventionen – mehr als Al-Hassan im Jahr einnimmt. Kein Wunder, dass Bauern wie er nicht in der Lage sind, damit zu konkurrieren.



*Al-Hassan Abukari Gyebila*

## Handel muß auch für arme Menschen funktionieren

Die indonesische Regierung nutzte in den 1970ern einen Teil ihrer Erträge aus dem Ölexport für den Aufbau des inländischen Reissektors. Sie wollte die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten mindern und gleichzeitig ländliche Entwicklung fördern – und war erfolgreich. Die für Agrarrohstoffe zuständige staatliche Behörde setzte Preisober- und -untergrenzen für ungeschälten Reis fest und kontrollierte die Importe. Dadurch wurde das Angebot stabil und für die Konsumenten bezahlbar gehalten. Gleichzeitig wurden die inländischen Produzenten vor niedrigen und schwankenden Weltmarktpreisen geschützt.

Die Regierung unterstützte mit vielfältigen Maßnahmen wie z.B. der Verbesserung von Bewässerungssystemen, leichterem Zugang zu Düngemitteln und bezahlbaren Krediten für Kleinbauern die einheimische Reisproduktion. Mitte der 1980er Jahre hatte die Reisproduktion ein Niveau erreicht, das eine fast vollständige Selbstversorgung des Landes gewährleisten konnte. Die erfolgreiche Reispolitik der indonesischen Regierung verbesserte die Nahrungsmittelversorgung des Landes und ließ die Einkommen von Millionen von Haushalten in ländlichen Regionen stark wachsen. Von 1976 bis 1993 konnte so die Anzahl der in Armut lebenden Menschen landesweit halbiert werden.

Auch wenn eine ständige Überprüfung der Maßnahmen aus sozialer und ökologischer Perspektive erfolgen muss, so zeigen Indonesiens Erfahrungen doch grundsätzlich, dass wirksame staatliche Investitionen in die Landwirtschaft, kombiniert mit einer Politik der Handelsregulierung, das nationale Wachstum und die Entwicklung stark voranbringen können.



[www.deine-stimme-gegen-armut.de](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de)

[www.makedefair.com](http://www.makedefair.com)